

Anfragen zum Plenum in der 11. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge zur Genehmigung eines Cannabis Social Clubs wurden seit Inkrafttreten des Konsumcannabisgesetzes in Bayern in Kommunen gestellt (bitte mit Auflistung der einzelnen Kommunen und des jeweiligen Datums der Antragstellung) und wie ist der aktuelle Stand der Verfahren?

Oskar Atzinger
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit ist durch Gesetze, Vorschriften, Anordnungen (o. ä.) geregelt, dass Politiker in schulische Einrichtungen eingeladen werden können bzw. durch Eigeninitiative an schulische Einrichtungen mit dem Wunsch der Unterrichtsteilnahme herantreten können?

Nicole Bäumler
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie weit ist das Staatsministerium für Unterricht und Kultus bei der Erstellung der angekündigten Handreichung für die Startchancen-Schulen, wann geht das geplante Onlineportal des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) zum Informationsaustausch für die SCP-Schulen (SPC = Startchancen-Programm) online und können die ausgewählten SCP-Schulen aktuell bereits selbstständig Mittel aus Säule II und III abrufen?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Flughafen München GmbH (FMG) in der Anzeige des Baubeginns (S. 4, Erweiterung des Vorfelds Ost (Modul C-02. 5), Anlage B 5) am 08.04.2019 erklärte, dass die Teilfläche des nach dem 98. Änderungsplanfeststellungsbeschluss zu erweiternden Vorfelds Ost „zum Abstellen und zur Abfertigung von Flugzeugen im Rahmen des bestehenden 2-Bahnen-System benötigt“ werde und angesichts des Bescheids der Regierung von Oberbayern von 2024, in dem auf Seite 12 steht, dass das erweiterte Vorfeld Ost dazu diene, „die durch eine 3. Start- und Landebahn erhöhte Gesamtkapazität des Flughafens durch die dadurch bedingten zusätzlichen Bodenkapazitäten darzustellen“, frage ich die Staatsregierung, ob die Begründung der FMG für den Bau des Vorfelds Ost aus dem Jahr 2019 zutreffend war, wenn nein, warum falsche Angaben gemacht wurden, und wenn ja, wie es sein kann, dass im Jahr 2024 von der Regierung von Oberbayern eine andere Begründung angeführt wird?

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welchen Rechtsgrundlagen werden in Bayern die Pflichtanteile der Staatsregierung für das Tragen der Kosten für Neubauten von Hochschulgebäuden ermittelt (bitte am Beispiel des Technikum-Baus des Campus Burghausen lückenlos offenlegen), unter welchen Voraussetzungen kann die Staatsregierung davon abweichen, sämtliche Kosten für das Errichten von Hochschulgebäuden zu tragen (bitte Rechtsgrundlagen offenlegen) und welche vertraglichen Vereinbarungen wurden zwischen der Staatsregierung und ihren Vertragspartnern geschlossen, sodass diese Vertragspartner einen Teil der zuvor abgefragten Kosten für die Errichtung des Technikum-Baus des Campus Burghausen übernehmen (bitte jeden Vertragspartner und jede der vom Vertragspartner zugesicherte Übernahme von Kosten offenlegen)?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bemühungen gab es vonseiten der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen (BStGS) seit August 2022, dem Zeitpunkt des Entschlusses des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Restitution des Gemäldes von Ferdinand Georg Waldmüller „Junge Bäuerin mit drei Kindern im Fenster“, die rechtmäßigen Erbinnen und Erben von Therese Brettauer – bis 1938 Besitzerin u. a. des Ferdinand Georg Waldmüller Gemäldes „Junge Bäuerin mit drei Kindern im Fenster“ – zu finden, wie es die gemeinsame Erklärung von 1999 seit einem Vierteljahrhundert verlangt, wenn es seit August 2022 keinerlei Bemühungen gab, warum nicht und welche Bemühungen haben die BStGS bis zum Jahr 2022 unternommen, um die rechtmäßigen Erbinnen und Erben des genannten Bildes zu finden, das bereits seit 75 Jahren als Raubkunst identifiziert ist (bitte insbesondere auf das umfassende wissenschaftliche Dossier der BStGS eingehen, das 2021 überarbeitet, juristisch bewertet und dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst zur Entscheidung vorgelegt wurde)?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Verbände, Vereine und Organisationen aus dem landwirtschaftlichen Bereich – insbesondere Bayerischer Bauernverband inklusive aller Ableger sowie Unterorganisation wie Landfrauen, Landjugend etc., Landwirtschaft verbindet Bayern e. V., Land schafft Verbindung u. ä. –, aus dem Lebensmittel- und Gastronomiebereich – wie DEHOGA Bayern, Müllerbund, Metzgerhandwerk u. ä. – und dem Jagd- und Fischereibereich – wie Bayerischer Jagdverband und Landesfischereiverband u. ä. – haben in den letzten fünf Jahren öffentliche Gelder aus dem Haushalt des Freistaates und den Haushalten der Regierungsbezirke (z. B. Grundförderung, allgemeine Förderungen, projektbezogene Mittel, indirekte Förderungen) bekommen, welche Verbände, Organisationen und Vereine bekamen und bekommen öffentliche Gelder aus dem bayerischen Zukunftsvertrag Landwirtschaft vom 11.09.2023, und welche der Empfänger von Geldern aus diesen Bereichen betätigen sich politisch, zum Beispiel auch durch die Organisation von politischen Veranstaltungen?

gen und Demonstrationen sowie der Teilnahme an solchen?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, unter welchen Voraussetzungen können Dienststellen in Bayern heute bereits Bediensteten des Freistaates in befristeten Arbeitsverhältnissen – wie sie in Wissenschaft oder im Gesundheitswesen oft vorkommen – geleaste Fahrräder durch Entgeltumwandlung (JobBike) bereitstellen, falls das nicht möglich ist, welche Rechtsänderung bräuchte es, um eine solche Überlassung zu ermöglichen (analog zu den Regelungen beim Ende des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses durch Entlassung, Kündigung oder Aufhebungsvertrag, Altersrente mit Rückgabe, Privatleasing oder (ratenweisem) Kauf nach der BayJobBike Bekanntmachung vom 26.01.2024) und welche Verbesserungen plant die Staatsregierung diesbezüglich?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In Ergänzung zu meiner Anfrage zum Plenum vom 04.02.2025 zu den aktuell laufenden Prüfungen beim Freistaat in Bezug auf möglichen Fördermittelbetrug bei dem im Jahr 2005 mit bayerischen Fördermitteln (2,2 Mio. Euro) gebauten Studentenwohnheim frage ich die Staatsregierung, ob sie Mieten in Höhe von ca. 500 Euro warm pro Monat in einem geförderten Studentenwohnheim in Unterfranken nach Augenschein im Hinblick auf die Vorgaben der Richtlinie für die Förderung von Wohnraum für Studierende (BayMBl. Nr. 441) für gerechtfertigt hält (bitte Vergleichsfälle nennen), in welcher Form die Staatsregierung bereits Kontakt mit dem privaten Betreiber des Studentenwohnheims aufgenommen hat, um die Vorwürfe von potenziellem Fördermittelbetrug zu klären, und hält es die Staatsregierung es für rechtlich korrekt, wenn Mietverträge laut Klausel im Mietvertrag in Studentenwohnheimen nur an zwei vorgegebenen Terminen im Jahr (31.03. und 30.09.) aufgelöst werden können?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie Kenntnisse hat, an welchen Tagen die Fernverkehrsverbindungen der Deutschen Bahn zwischen Oberstdorf und Hamburg (IC 2084/2085) sowie zwischen Oberstdorf und Dortmund (IC 2012/2013) bis zum Fahrplanwechsel Mitte Dezember 2025 nicht zustande kommen (bitte unter Angabe der Ausfallursache), ist es zutreffend, dass zum nächsten Fahrplanwechsel eine komplette Streichung der direkten IC-Verbindung zwischen Oberstdorf und Hamburg (IC 2084/2085) geplant ist und was unternimmt die Staatsregierung, um den Standort Oberstdorf und damit die Tourismus-Region Oberallgäu langfristig attraktiv an den öffentlichen Fernverkehr anzubinden?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beamtinnen und Beamte der Landespolizei haben in den Jahren 2022, 2023 und 2024 an Antirassismus- und Antidiskriminierungsseminaren teilgenommen (bitte nach Jahren und Dienstgraden differenzieren), wie viele Beschwerden im Zusammenhang mit Maßnahmen zu der Problematik des Racial Profiling bzw. ein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot liegen für die Jahre 2022, 2023 und 2024 vor (bitte nach Polizeidirektionen und Jahren aufschlüsseln) und wie wurde mit diesen Beschwerden jeweils umgegangen (bitte die

Zahl der ganz oder teilweise für berechtigt befunden Fälle und die Folgen jeweils benennen)?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren die Zuwendungen der Staatsregierung im Zeitraum vom 01.01.2019 bis 28.02.2025 an sogenannte NGOs, welche dauerhaften Verbindlichkeiten ist die Staatsregierung eingegangen und plant die Staatsregierung, diese Zuwendungen in der bisherigen Höhe beizubehalten (vergleiche Definition/Auflistung der Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 24.02.2025 an die Bundesregierung: BT-Drs. 20/15035)?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Prozent der Staatsbrücken in Bayern sind derzeit sanierungsbedürftig, welche sind dies konkret und welche Summe müsste für deren Sanierung insgesamt aufgewendet werden?

Christiane Feichtmeier
(SPD)

Nachdem der mutmaßliche Täter aus Mannheim, [REDACTED], der sich selbst in den sozialen Medien als waffenaffin präsentierte, laut Bericht der Plattform „exif recherche“¹ zusammen mit Protagonisten eines Waffenschmuggelrings aus Bayern, Teil des „Ring Bund“ gewesen sein soll, frage ich die Staatsregierung, ob der mutmaßliche Täter aus Mannheim im Laufe der Ermittlungen gegen [REDACTED] und anderen rund um den illegalen Schmuggel von Waffen in Erscheinung getreten ist, wie viele Personen aus Bayern Teil des „Ring Bund“ waren und ob die Personen heute anderen beobachteten Gruppierungen wie Dritter Weg, NPD/Heimat, Junge Alternative oder AfD angehören?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der Aufdeckung illegaler Mülldeponien (u. a. durch die Bürgermeisterin Barbora Šišková von Jiríkov) in Tschechien seit Anfang Januar 2025 von inzwischen über 500 Tonnen, mutmaßlich durch ein Weidener Unternehmen, frage ich die Staatsregierung, gab es in den letzten fünf Jahren durch dieses zertifizierte Unternehmen aus Weiden oder andere bayerische Entsorgungsunternehmen noch weitere Vorfälle, die den Verdacht auf illegale Müllentsorgung betreffen, welche Maßnahmen wurden seitens der Regierung in den letzten fünf Jahren unternommen, um derlei illegale Machenschaften zu erschweren bzw. zu verhindern und wie ist die genaue Menge und Zusammensetzung des Mülls aus Bayern, der illegal in Tschechien abgelagert, seit Januar 2025 aufgefunden wurde (bitte die Müllfraktionen jeweils in Tonnen angeben)?

¹ <https://exif-recherche.org/?p=12670>

Mia Goller
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Strategie sie künftig für die Einordnung, Restitution und Rückgabe von auf der Flucht von NS-Opfern oft in Notlagen oder unter finanziellem Zwang veräußertem sogenanntem „Fluchtgut“ und bei der Einordnung, Restitution und Rückgabe von ehemaligen Händlerbeständen jüdischer Kunsthändlerinnen und Kunsthändler verfolgt, wenn „Fluchtgut“ und Händlerbestände laut aktuellen Informationen und laut gemeinsamem Bewertungsrahmen des NS-Schiedsgerichts, das zeitnah eingerichtet werden soll, um über strittige Fälle zu entscheiden, vom Wirkungsbereich des Schiedsgerichts ausgenommen ist (vgl. Ziff. 5a.2, 8.3 und 9.1 des gemeinsamen Bewertungsrahmens), insbesondere vor dem Hintergrund, dass in Bayern zum Teil seit Jahrzehnten zu eben solchen „Fluchtgut“- und/oder „Händlerware“-Fällen mit extrem wertvollen zur Rede stehenden strittigen Objekten Restitutionsforderungen im Raum stehen, wie begründet die Staatsregierung, die – laut Bericht von Staatsminister Markus Blume am 04.12.2024 in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen und des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst und seiner daran anschließenden Presseerklärung² zum Schiedsgericht – „den Beschluss der Länderminister maßgeblich mitgestaltet und vorangetrieben“ hat diese nicht mit den Washingtoner Prinzipien in Einklang stehenden und äußerst ungewöhnlichen Ausnahmen für die Anrufungsmöglichkeiten bzw. Zuständigkeiten des Schiedsgerichts und welche anderen Stellen sollen in diesen „Fluchtgut“- bzw. „Händlerbestände“-Fällen, in denen Personen, oftmals Jüdinnen und Juden, von den Nazis vertrieben, beraubt und bestohlen wurden und deren Familien in den Tod getrieben oder ermordet wurden, über „faire und gerechte Lösungen“ im Sinne der Washingtoner Prinzipien entscheiden?

Holger Griebhammer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Prozent der Staatsstraßen in Bayern sind derzeit sanierungsbedürftig, welche sind dies konkret und welche Summe müsste für deren Sanierung insgesamt aufgewendet werden?

Sabine Gross
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie lange wird die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie in Bezug auf die staatlichen Bauämter voraussichtlich dauern, welche sind die wesentlichen Teilmaßnahmen der angestrebten Digitalisierung der staatlichen Bauämter und welche Mehrkosten werden im Rahmen der Umsetzung dieser Digitalisierungsstrategie voraussichtlich entstehen?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Prozent der bayerischen öffentlichen Gebäude, insbesondere des Freistaates, sind derzeit barrierefrei, welche sind dies konkret und wie viele Bahnhöfe sind inzwischen barrierefrei?

Andreas Hanna-Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird das Pilotprojekt zur Community Health Nurse (CHN) mit der Technischen Hochschule Deggendorf gefördert (bitte Höhe und Start der Förderung und

² <https://www.stmwk.bayern.de/pressemitteilung/12849/rueckgabe-von-ns-raubgut-blume-restitution-in-bayern-ist-gelebtepraxis.html>

des Projektes angeben), welche Inhalte und Aufgaben liegen in der Verantwortung der CHN (bitte den gesetzlichen Rahmen & Konzept erläutern) und welche Qualifikation haben die im Projekt eingesetzten CHN?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wurde der Nießbrauch für die Räumlichkeiten im Schloss Nymphenburg für die Nießbrauchnehmerin Congregatio Jesu nicht verlängert (bitte Datum des Ende des Nießbrauchs angeben, unabhängig davon, ob der Nießbrauch beendet wurde oder nicht), warum wurde der Nießbrauch nicht verlängert und bekommt die Congregatio Jesu für die durch die Beendigung des Nießbrauchs entgangenen Einnahmen (Vermietung an die Landeshauptstadt München für die Grundschule Maria-Ward-Straße 1) eine Entschädigung / andere Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Werke, für die aktuell die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen (BStGS) als verfügende Institution zuständig sind, stehen auf einer im Jahr 2020 von Mitarbeitern der Sammlung erstellten Liste, die Werke mit fragwürdiger Provenienz auflistet und für die laut geltenden nationalen und internationalen Vereinbarungen eine Pflicht zur Rückgabe oder mindestens zur vollumfänglichen Untersuchung und Veröffentlichung der Herkunftsgeschichte besteht, haben die BStGS der Staatsregierung eine solche Liste zugeleitet (bitte mit Angabe des Datums) und mit welchen Maßnahmen hat die Staatsregierung auf die Zuleitung dieser Liste reagiert (bitte mit Angabe des Datums, sofern erinnerlich)?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister der Staatskanzlei für Bundesangelegenheiten und Medien Dr. Florian Herrmann laut Süddeutscher Zeitung vom 26.02.2025 bekannt gegeben hat, dass aus dem Staatshaushalt 75.000 Euro zur Finanzierung einer Machbarkeitsstudie der Verlängerung der U6 zum Flughafen München zur Verfügung gestellt werden, frage ich die Staatsregierung, wie verbindlich diese Finanzierungszusage ist, wie sie den Zeitpunkt der Bekanntgabe noch vor den anstehenden Haushaltsberatungen im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in der KW 11 bewertet und welche Summe aufgrund der gesetzlichen Haushaltssperre voraussichtlich tatsächlich zur Verfügung stehen wird?

Florian Köhler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Haushalte/Besitzer/Betreiber von Photovoltaikanlagen (Photovoltaik = PV) in Bayern verfügen derzeit über kein intelligentes Messsystem (Smart Meter) (bitte geben Sie sowohl die absoluten Zahlen als auch den Prozentsatz im Verhältnis zur Gesamtzahl der Haushalte/Besitzer/Betreiber mit PV-Anlagen in Bayern an); wie viele Haushalte/Besitzer/Betreiber von PV-Anlagen in Bayern verfügen derzeit über keinen Batteriespeicher (bitte geben Sie sowohl die absoluten Zahlen als auch den Prozentsatz im Verhältnis zur Gesamtzahl der Haushalte/Besitzer/Betreiber mit PV-Anlagen in Bayern an); wie viel Strom wurde in Bayern im Jahr 2024 durch

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

PV-Anlagen erzeugt, der über den Bedarf hinausging (überproduziert wurde) (bitte in TWh oder GWh angeben)?

Ich frage die Staatsregierung, ob die Leitung der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen (BStGS) sowie die Leitung der „Zentralen Dienste“ am 10.05.2022 in einem als „Stellungnahme zum Stand der Provenienzforschung der BStGS“ bezeichneten internen Schreiben mit Adressatenkreis Generaldirektor [REDACTED], Verwaltungschef [REDACTED] sowie [REDACTED], Leiterin der „Zentralen Dienste“, darauf hingewiesen haben, dass, obwohl „der Generaldirektor 2021 einen Entwurf für eine ‚Direktive und Strategie in Sachen Provenienzforschung‘ verfasst“ habe, was allerdings „eben erst 13 Jahre nachdem an den Staatsgemäldesammlungen eine eigene Abteilung für Provenienzforschung installiert worden“ sei, geschehen wäre, zum Zeitpunkt des Schreibens immer noch „kunsthistorisch bedeutende Werke sowie Werke, die in der Ausstellung hängen, und solche mit besonders problematischen Erwerbsumständen“ nachrangig beforscht würden, aber entgegen der bis dato gängigen Praxis vorrangig zu beforschen seien (SZ vom 05.03.2025),³ falls ja, welche Maßnahmen unternahm die BStGS als Reaktion auf dieses Schreiben (bitte mit Angabe des Datums der Maßnahme, sofern erinnerlich) und welche Maßnahmen unternahm die BStGS, nachdem ihr durch eben dieses interne Schreiben bekannt wurde, dass die bis 2020 abgeschlossenen „Erstchecks“ der Erwerbungen nach 1945 nicht alle essenziellen Quellengrundlagen konsultiert worden seien und das „Ergebnis lückenhaft und in der Formlosigkeit der Dokumentation problematisch“ sei?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist es zutreffend, dass auf einer im Jahr 2020 von Mitarbeitern der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen (BStGS) erstellten Liste, die Werke mit fragwürdiger Provenienz aufführt und für die laut geltenden nationalen und internationalen Vereinbarungen eine Pflicht zur Rückgabe oder mindestens zur vollumfänglichen Untersuchung und Veröffentlichung der Herkunftsgeschichte besteht, auch Kunstwerke aus den Beständen der Kunsthändler Brüder Lion, der Kunsthandlung Flechtheim sowie das Gemälde „Junge Bäuerin mit drei Kindern im Fenster“ von Ferdinand Georg Waldmüller verzeichnet sind, welche Bemühungen haben die BStGS in den vergangenen Jahren unternommen, um die Herkunft der auf dieser Liste geführten Werke vertieft zu recherchieren und umgehend zu restituieren (bitte tabellarisch getrennt pro Kunstwerk angeben), welche Maßnahmen will die Staatsregierung ergreifen, um eine Schlechterstellung der Erbinnen und Erben sowohl von Kunstsammlern und Kunstsammlerinnen als auch von Kunsthändlern und Kunsthändlerinnen zu verhindern, wie sie durch die aktuelle Fassung des gemeinsamen Bewertungsrahmens, der die Grundlage für Entscheidungen des neuen Schiedsgerichts bilden wird, von vielen Fachleuten befürchtet wird?

³ [https://www.sueddeutsche.de/kultur/raubkunst-pinakotheken-\[REDACTED\]-kritik-brandbrief-li.3213966?reduced=true](https://www.sueddeutsche.de/kultur/raubkunst-pinakotheken-[REDACTED]-kritik-brandbrief-li.3213966?reduced=true)

Oskar Lipp
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche neuen Rechte und Befugnisse hat der Freistaat gegenüber Unternehmen, Arbeitskräften und der bayerischen Wirtschaft insgesamt beim Eintreten des Verteidigungsfalls (Art. 115a bis 115l Grundgesetz – GG), Spannungsfalls (Art. 80a GG) und Bündnisfalls (Art. 42 Abs. 7 EU-Vertrag bzw. Art. 5 Nordatlantikvertrag), gibt es in der Staatsregierung Pläne oder Vorbereitungen, den Umbau von (hauptsächlich) zivilen Industrieunternehmen zur Rüstungsproduktion zu unterstützen oder zu fördern und gibt es in der Staatsregierung Pläne oder Vorbereitungen, kritische Infrastruktur oder Produktionsstätten im Verteidigungs-, Spannungsfall oder Bündnisfall unter staatliche Kontrolle zu stellen?

Stefan Löw
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Organisationen und Vereine werden von der Staatsregierung gefördert (bitte ohne Sportvereine, Feuerwehren und Traditionsvereine angeben), welche inhaltlichen Schwerpunkte haben diese Vereine jeweils und wie hoch ist die finanzielle Förderung (bitte insgesamt und je Organisation bzw. Verein angeben)?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie dem sogenannten Wind-an-Land-Gesetz, das die Rechtsgrundlage für zahlreiche neu geplante Windparks in Bayern darstellt, im Bundesrat zugestimmt hat?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Art und Weise überprüft sie, wie viele staatliche Organisationen auf Landesebene in Bayern nötig sind (Anzahl und personelles Ausmaß von Staatsministerien, oberste Landesbehörden, oberen Landesbehörden, unteren Landesbehörden, rechtlich selbstständige Einrichtungen – z. B. öffentlich-rechtliche Anstalten und Stiftungen sowie Landesbetriebe sowie Sonderbehörden und Beauftragten, bitte alle auflisten), wie kann eine staatliche Organisation auf Landesebene, wie beispielsweise ein Staatsministerium oder eine obere Landesbehörde, abgeschafft, zusammengeführt oder in eine andere Behörde überführt werden – bedarf es dazu eines Gesetzes oder kann dies im Rahmen der Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten bzw. der Staatsregierung erfolgen und welche Gesamtkosten sind der Staatsregierung in den Jahren 2023 und 2024 jeweils durch die in der ersten Unterfrage genannten staatlichen Organisationen entstanden (bitte ausschließlich die Personalkosten für alle Mitarbeiter und Beamten sowie die Ausgaben für Mieten, Pachten und Unterhalt der dazugehörigen Gebäude berücksichtigen, jedoch keine weiteren sonstigen Ausgaben)?

Harald Meußgeier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung im Hinblick auf den Brand von 23 Polizeifahrzeugen in München im Januar 2025, wonach die Polizei von Brandstiftung ausging, da in und um München in den letzten Jahren zahlreiche Brandanschläge, vermutlich von Linksextremisten, verübt wurden, ob der Generalstaatsanwaltschaft mittlerweile Erkenntnisse vorliegen, die o. g. Verdacht bestätigen oder wird auch dieser Vorfall als rechtsextreme Tat eingestuft?

Jürgen Mistol

Ich frage die Staatsregierung, wie bringen die Bayerischen Staats-

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

gemäldesammlungen (BStGS) die Aussagen des Anwalts [REDACTED], Vertreter des inzwischen verbliebenen Flechtheim-Erben [REDACTED], mit dessen eigener, öffentlicher und mehrfach zitierter Aussage: „Weder die Staatsgemäldesammlungen noch die Staatsregierung haben uns (...) jemals proaktiv über ihre Erkenntnisse zu Fällen möglichen oder als sicher geschätzten NS-Raubguts aus der Sammlung Flechtheim informiert“⁴ mit den mehrfach wiederholten Aussagen des BStGS, sie hätte die Erben im Fall Flechtheim stets zeitnah über die der BStGS vorliegenden Informationen auf dem Laufenden gehalten, in Einklang, welche konkreten, nachvollziehbaren und belegbaren Wege der Kontaktaufnahme seitens der BStGS in Richtung der Erben bzw. aktuell des letzten verbliebenen Erben bzw. deren/dessen jeweiligen Vertretern gab es in den 17 Jahren, in denen die Flechtheim Erben um ihr Eigentum in Bayern kämpfen (bitte Daten der Kontakte/Kontaktversuche und Kontaktwege angeben) und in welchen Fällen, die auf der Liste mit 200 „rot“ markierten Werken zu finden sind (vgl. SZ-Bericht vom 20.02.2025 „Alarmstufe Rot“ von Jörg Häntzschel),⁵ wurden die Erben von NS-Raubkunst jemals proaktiv informiert (bitte auch hier Belege der proaktiven Kontaktaufnahme angeben sowie Anzahl der proaktiv beantragten Erbscheine)?

Ruth Müller
(SPD)

Nachdem zwei neue Tierschutzskandale nicht nur die Landwirtschaft und die Tierschützer im Allgäu, sondern in ganz Bayern erschüttert haben und die Staatsregierung in der Pflicht ist, jetzt mit Transparenz bei der Aufklärung wieder für Vertrauen in die Kontrollbehörden und Landwirtschaft zu sorgen, frage ich die Staatsregierung, welche Auflagen zur Tierhaltung und Nachqualifizierung der bereits 2019 betroffene Betrieb erhalten hat, wie sich der Viehbestand im Verhältnis zum eingesetzten Personal entwickelt hat und wie viele Kontrollen durch die Bayerische Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen durchgeführt wurden (mit Angabe der Anzahl der verschiedenen Mitarbeiter)?

Benjamin Nolte
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchem Grunde wurde der afghanische Attentäter [REDACTED] in eine psychiatrische Abteilung verlegt, anstatt ihn weiterhin in regulärer Untersuchungshaft zu belassen, welche konkreten medizinischen und psychiatrischen Diagnosen rechtfertigten seine Verlegung und liegt dieser Verlegung in eine psychiatrische Abteilung die Annahme zugrunde, dass sein Verhalten nicht strafrechtlich, sondern ausschließlich psychologisch zu bewerten ist?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Sachstand in der Frage der zukünftigen Unterbringung des Erziehungswissenschaftlichen Campus der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, wann wird dem Landtag eine Wirtschaftlichkeits-

⁴ u. a. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/raubkunst-staatsgemaeldesammlung-muenchen-li.3206545?reduced=true>

⁵ <https://www.sueddeutsche.de/kultur/ns-raubkunst-staatsgemaeldesammlung-muenchen-bayern-provenienz-picasso-klée-beckmann-li.3205143?reduced=true>

berechnung vorgelegt bzgl. der Frage Neubau im Nürnberger Norden oder Sanierung der Regensburger Straße, wie es in der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst vom 04.12.2024 angekündigt wurde und wann wird es eine neue Ausschreibung geben?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich das finanzielle Gesamtvolumen für Aufträge an externe Beratungsunternehmen in den letzten fünf Jahren (2020 – 2024) entwickelt, wie verteilt sich die Anzahl der Beratungsaufträge auf die verschiedenen Staatsministerien und welche inhaltlichen Schwerpunkte hatten die externen Beratungsaufträge in den letzten fünf Jahren?

Julia Post
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sieht ihr Zeitplan für die bereits lange angekündigte und im Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2023 bis 2028 von CSU und FREIE WÄHLER festgeschriebene, umfassende und grundlegende Reform des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes aus, welche Änderungen wird die Staatsregierung vornehmen und welche Stakeholder sind an diesem Reformvorhaben beteiligt?

Anna Rasehorn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele und welche rechtsextremistischen Straftaten wurden 2022, 2023 und 2024 in Bayern registriert (bitte ähnlich aufgeschlüsselt wie in der Anfrage zum Plenum von Natascha Kohlen vom 09.02.2021 Drs. 18/13713 nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten, sowie mit Angabe des Ortes, Deliktsbereichs und der Deliktsqualität, allerdings bitte nicht nur nach den Themenfeldern neonazistisch, fremdenfeindlich und antisemitisch, sondern allen genutzten Themenfeldern vgl. Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität unter 2.4)?

Elena Roon
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, sind ihr ähnliche Fälle in Bayern von Kindergeldmissbrauch durch ausländische Betrüger, wie sie im Duisburger „Problem-Hochhaus“ aufgedeckt wurden, bekannt und wenn ja, wie viele Verdachtsfälle wurden bereits ermittelt und welche Maßnahmen werden ergriffen, um solche Missbräuche zu verhindern?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie erklärt sich der sprunghafte Anstieg der Zinseinnahmen des Freistaates auf 258,6 Mio. Euro für das Jahr 2023 im Detail, um welche Zinseinnahmen aus Geldanlagen u. ä. handelt es sich im Einzelnen (bitte unter Angabe der Haushaltsstelle) und wie beurteilt die Staatsregierung die künftige Entwicklung dieser Einnahmengruppe?

Franz Schmid
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Auswirkungen haben die Änderungen im KiTa-Qualitäts- und –Teilhabeverbesserungsgesetz (KiQuTG) (BT-Drs. 20/12771, 20/13165) für den Beitragszuschuss von Kindergarten-Elternbeiträgen in Bayern, wieviele Mittel flossen 2023, 2024 und 2025 (Soll) aus dem KiQuTG in den Beitragszuschuss und wie wird dieser künftig finanziert?

Toni Schuberl

Ich frage die Staatsregierung, welche Bemühungen haben die

(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bayerischen Staatsgemäldesammlungen (BStGS) seit 1998 selbst proaktiv angestoßen, um die Erbinnen und Erben der Kunsthandlung Brüder Lion am Maximiliansplatz, deren Sammlung von den Nationalsozialisten im Jahr 1935 enteignet wurde, zu finden, haben die BStGS zur weiteren Klärung der erbrechtlichen Lage im Falle der Kunsthandlung Brüder Lion Erbscheine beim Amtsgericht München – Nachlassgericht – beantragt, um den Vorgaben der Washingtoner Prinzipien und der gemeinsamen Erklärung gerecht zu werden (bitte begründen), und inwieweit ist die kritische Aufarbeitung der eigenen Rolle der BStGS im Umgang mit den Brüdern Lion erfolgt, vor allem vor dem Hintergrund der Vorwürfe, dass die BStGS aktiv an der Enteignung von 1935 beteiligt waren und zwar durch einen „Tausch“ in vier Fällen in diesem Jahr, dem Jahr, in dem die Nürnberger Rassengesetze in Kraft traten und die systematische Verfolgung von Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten forciert wurde?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen gibt es aktuell jeweils im Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst sowie in den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen, (bitte Vollzeitäquivalente und tatsächliche Anzahl an beschäftigten Personen inkl. Stellenumfang sowie Eingruppierung angeben), sind diese Personen berechtigt, eine Einordnung oder Empfehlung zu möglichen Rückgabeversuchen abzugeben und wer entscheidet in Bayern letztendlich darüber, ob etwaigen Restitutionsempfehlungen Folge geleistet wird?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche neun Werke der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen (BStGS) stehen, wie der FAZ-Autor Stefan Trinks in dem Artikel „Taskforce soll Aufklärung in Sachen Raubkunst beschleunigen“ vom 26.02.2025 berichtete,⁶ „aktuell zur Restitution an“, welche ebenfalls in diesem Artikel genannten vier „wurden im Dezember 2024 positiv beschieden“ (bitte die gefundene faire und gerechte Lösung konkret benennen) und wie sieht der konkrete Zeitplan für diese vier „positiv“ beschiedenen bzw. fünf „zur Restitution“ anstehenden Objekte aus?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele funktionsfähige Sirenen gibt es aktuell nach Kenntnis der Staatsregierung in Bayern, wie viele Neuerrichtungen wurden im letzten Jahr gefördert (Förderung bitte aufschlüsseln nach Landes- und Bundesmitteln) und in welchen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten in Bayern ist eine flächendeckende Warnung der Bevölkerung mit Sirenen derzeit sichergestellt?

⁶ <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/kunst-und-architektur/fuer-die-restitutionsfaelle-wird-den-bayerischen-staatsgemaeldesammlungen-bis-sommer-2025-eine-taskforce-verordnet-110322511.html>

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie erklärt das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst die Tatsache, dass „Bereits im Sommer 2023 (...) der Generaldirektor der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen, [REDACTED], und sein Vize [REDACTED] in zwei separaten Schreiben an das Staatsministerium die Rückgabe der Picasso-Skulptur“ Fernande an die Erben des Kunsthändlers Alfred Flechtheim empfohlen haben, und für zwei Gemälde von Paul Klee, Grenzen des Verstandes und Sängerin der komischen Oper – ebenfalls Flechtheim-Fälle – „eine Anrufung der Beratenden Kommission, die bislang über umstrittene Raubkunstfälle entscheidet“ dringend empfohlen haben, aber laut „DIE ZEIT“ „trotzdem: nichts“ geschehen sei („Ein bayrisches ‚ohne Wenn und Aber‘“ von Tobias Timm, DIE ZEIT, 21.02.2023⁷), warum wurde in diesen beiden Fällen der Gemälde von Klee nicht wie empfohlen sofort die Beratende Kommission angerufen und zu welchem Zeitpunkt nach den Schreiben aus dem „Sommer 2023“ von [REDACTED] und [REDACTED] erfolgte die proaktive Kontaktaufnahme mit dem Erben, wie es die Washingtoner Prinzipien vorsehen?

Ralf Stadler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr Meldungen vorliegen oder es Absprachen mit der österreichischen Polizei gibt, die Flüchtlinge/Schutzsuchende von Österreich nach Deutschland zu transportieren?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, plant sie nach der enormen Kritik zahlreicher Verbände, wie dem bayerischen Gemeindetag und dem bayerischen Städtetag, an dem Bayerischen Gesetz über wirtschafts- und vergaberechtliche Vorschriften (BayWiVG) und der Zuständigkeitsverordnung noch Anpassungen oder eine Neuauflage des Entwurfs, warum wurden sinnvolle Verbesserungsvorschläge von Verbänden wie der Verzicht auf den Nachweis eines Gegenwerts nach Art. 23 Abs. 2 BayWiVG nicht umgesetzt und welche Möglichkeit hat eine Kommune nach Auffassung der Staatsregierung, die Energiekosten ihrer Bürger zu senken, um somit die Voraussetzung zur Mittelverwendung der Ausgleichsabgabe im Rahmen des Gesetzes nach Art. 24 Abs. 2 Nr. 1 BayWiVG zu erfüllen?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bemühungen gab es vonseiten des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst und den ihm unterstellten Bayerischen Staatsgemäldesammlungen (BStGS) im Nachgang des Skandals um die Sammlung Gurlitt und den Schwabinger Kunstfund, diesem laut Nachrichtenmagazin Focus „Nazi-Schatz in Milliardenhöhe“, der uns allen NS-Raubkunst zum Begriff machte und der mit der Trennung des Kunstmuseums Bern von 38 Werken aus diesem Fund wegen Raubkunst Verdacht, 2021, fast zehn Jahre nach dem Dachbodenfund, eine erneute Wende nahm, ab der Focus-Veröffentlichung des Falls 2013, Erbinnen und Erben von mutmaßlicher NS-Raubkunst, die in Bayern in Institutionen des Freistaates verwahrt

⁷ <https://www.zeit.de/kultur/kunst/2025-02/ns-raubkunst-bayerische-staatsgemaeldesammlungen-juden-kunst>

wird, zu suchen und die jeweiligen Werke unverzüglich zu restituieren (bitte tabellarisch nach Jahr jeweilige Fälle und Maßnahmen zur Ermittlung von Erbinnen und Erben auflisten), haben die BStGS zur weiteren Klärung der erbrechtlichen Lage selbst Erbscheine beim Amtsgericht München – Nachlassgericht – beantragt, um den Vorgaben der Washingtoner Prinzipien und der gemeinsamen Erklärung gerecht zu werden (bitte mit tabellarischer Nennung der jeweiligen Jahre und der mit Beantragung der Erbscheine in Bezug stehenden Kunstwerke) und wenn nicht, warum nicht?

Markus Walbrunn
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es in Bayern einen verbindlichen Grundwortschatz des Deutschen, der von den Schülern am Ende von Klasse 4 der Grundschule erreicht werden soll, falls ja, wie viele Wörter umfasst er und falls nein, warum gibt es diesen in Bayern nicht?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die aktuellen Rücklagen des Pflegeausbildungsfonds Bayern sind, wie die Rücklagen aus Sicht der Staatsregierung zustandekommen, und wofür die Staatsregierung die Mittel des Pflegeausbildungsfonds in den kommenden Jahren 2025 und 2026 konkret einsetzen will?

Laura Weber
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnisse sie zu den illegalen Mülldeponien in Tschechien und der Beteiligung eines bayerischen Unternehmens hat, wie das weitere Vorgehen auf bayerischer Seite zum formalen Rückholersuchen der tschechischen Regierung ist und wofür die 2,1 Mio. Euro staatliche Beihilfe aus einem Förderprogramm des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, die die betroffene Firma im Jahr 2023 erhalten hat, verwendet wurden?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bekommen die katholische und evangelische Kirche bzw. kirchliche Stiftungen und Orden als Denkmaleigentümer Fördermittel aus der Städtebauförderung oder anderweitige staatliche Fördermittel, wenn das zu sanierende Denkmal in einem ausgewiesenen Sanierungsgebiet liegt?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie Kenntnis über Schließungspläne der Krankenhausstandortes Trostberg der Süd-Ost-Bayern-Kliniken hat, wenn ja zu welchem Datum soll die Klinik geschlossen werden, und wenn ja, an welchem Standort soll eine Kompensation der 223 Betten nach Landeskrankenhausplan 2025 stattfinden?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele zusätzliche Anrechnungstunden für die Durchführung der Sprachtests haben Beratungslehrkräfte und Schulpsychologinnen und Schulpsychologen erhalten (bitte aufschlüsseln nach Staatlichen Schulämtern, Beratungslehrkraft oder Schulpsychologin und Schulpsychologe), wie viele Beratungslehrkräfte und Schulpsychologinnen und Schulpsychologen haben an der „BaSiS-Fortbildung“ teilgenommen und sind damit qualifiziert die Sprachtests durchzuführen (bitte aufschlüsseln nach Beratungslehrkraft oder Schulpsychologin und Schul-

psychologe sowie dem zuständigen Staatlichen Schulamt der Lehrkraft) und wie stellt die Staatsregierung sicher, dass sowohl die Beratung durch Beratungslehrkräfte als auch die schulpsychologische Beratung durch Schulpsychologinnen und Schulpsychologen auch im Zeitraum der Sprachtests weiterhin in vollem Umfang gesichert ist?